



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Deutsche und englische Politik in Bulgarien.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Deutsche und englische Politik in Bulgarien.



ie letzten Berichte, welche aus Bulgarien eintrafen, lauteten nicht befriedigend. Die Führer der Partei, welche den Fürsten Alexander nach seiner Wegführung ins Land zurückrief, setzen, nachdem derselbe sich unter Verzicht auf die Regierung freiwillig entfernt hat, dessen Politik nach Möglichkeit fort. Sie suchen Bulgarien, soweit es die Umstände zulassen, dem Einflusse Rußlands zu entziehen, und sie unterhalten die Unruhe, indem sie auf Maßregeln bestehen, welche zunächst Vergangenes rächen und strafen sollen, während ihnen die Versöhnung für die Zukunft notwendiger erscheinen sollte. Die jetzigen Gewalthaber sind eine Parteiregierung mit allen Fehlern einer solchen. Sie begreifen die wirkliche Lage der Dinge nicht. Sie überschätzen ihre eigne Bedeutung und die der bulgarischen Nation überhaupt, sie geben sich falschen Hoffnungen hin, sie beeilen sich, durch die Volksvertretung Thatfachen schaffen zu lassen, von denen sie meinen, sie würden vollendete Thatfachen sein, während sie doch nur den mäßigen Wert von Kundgebungen dessen haben können, was die jetzt am Ruder befindliche Partei erstrebt. Alles das verheißt für die nächste Zeit nichts Gutes. Aber zum Glück kommt es im großen und ganzen schließlich nicht auf die Interessen, den Willen und den Verstand dieser Politiker an, sondern auf die Stellung, welche die zunächst beteiligten Großmächte zu der Frage einnehmen, und hier sind die Aussichten trotz allem, was in den letzten Wochen in Leitartikeln und Korrespondenzen behauptet und befürchtet worden ist, durchaus nicht entmutigender Art. Eine Verständigung Oesterreich-Ungarns und Rußlands über eine Wahrung ihrer beiderseitigen Interessen auf der Balkanhalbinsel war immer eine Möglichkeit, wenn der gute Wille, die eignen Ansprüche unter Anerkennung der Rechte

Grenzboten IV. 1886.

und Bedürfnisse des andern Teiles zu beschränken, wenn billiger Sinn und Liebe zum Frieden vorhanden waren, und wenn ein nicht direkt beteiligter Vermittler zur Auffindung des Ausweges aus der Gefahr von Konflikten seinen Beistand lieb. Die Parteien, immer unbillig, immer übertreibend und überstürzend, die Moskauer Panlawisten, die magyarischen Heißsporne und andre „Volkspolitiker“ besaßen jenen guten Willen nicht, wohl aber die Regierung auf beiden Seiten, und der Vermittler fehlte auch nicht. So wurde der Weg zu einer Verständigung gefunden und betreten, und wenn er in manchen Teilen noch zu ebnen ist, wenn noch Schwierigkeiten hinwegzuräumen sind, im Prinzip ist man, wie wir Grund zu glauben haben, in der Sache einig. Auf Grund gegenseitiger Zugeständnisse wird Rußland einen großen Teil dessen haben, was es zu bedürfen glaubt, und das Gleiche wird mit Österreich-Ungarn der Fall sein. Dieses wird seine Machtphäre allmählich über die westliche Hälfte der Balkanländer, jenes die seine über die östliche ausdehnen dürfen. Das Wie? wird von den Verhältnissen abhängen, aber wenig oder garnicht von dem Willen der Winkelpolitiker, welche unter diesen Barbaren oder Halbbarbaren Agitation für Hirngespinnste treiben und dafür von unsern demokratischen Blättern gefeiert werden. Rußland wird zunächst sein, was Österreich-Ungarn in Serbien, dann mit der Zeit, was dieses in Bosnien und der Herzegowina ist. Über spätere Ziele dieser Entwicklung, solche, welche außerhalb des Rahmens, der mit dem Berliner Frieden geschaffen worden ist, hinausliegen, brauchen wir uns vorläufig keine Gedanken zu machen, wenn wir wissen, daß sie Zug um Zug, immer mit Ausgleichung der Bedürfnisse und Anforderungen beider Parteien, erstrebt werden sollen. Auch der Gedanke eines Vordringens der Russen nach Konstantinopel und einer Festsetzung derselben am Bosphorus, dessen Bedeutung für die Welt und somit auch für uns überhaupt bis zum Aberglauben übertrieben worden ist — das Interesse der Welt war hier im Grunde fast nur das englische — hätte nichts Ungeheuerliches, wenn bei seiner Verwirklichung die Fahnen Österreichs über Salonik und seinen Hinterländern wehten. Das sind aber dämmernde Dinge, über die wir uns nicht erhitzen, sondern zu einer näherliegenden Betrachtung, zu der Stellung übergehen, welche die deutsche und englische Politik zu der bulgarischen Frage eingenommen hat. Blicken wir auf die Entwicklung derselben zurück, so gewahren wir, so wenig tief und genau sich auch auf solchem Gebiete von dem Nichteingeweihten sehen läßt, unverkennbar den klaren Blick und die glückliche Hand, mit welchen der deutsche Reichskanzler in der politischen Welt waltet. Wenn irgend eine von den an diesen Angelegenheiten interessirten Mächten einen bestimmten Zweck vor Augen hatte und mit Konsequenz durch alle Wandlungen der Verhältnisse verfolgte, so war es die, für welche Fürst Bismarck die Geschäfte betreibt und das Wort führt. Keinerlei Einflüsse, am wenigsten die, welche von der sogenannten öffentlichen Meinung ausgingen, vermochten ihn von dem abzulenken, was ihm zu allen Zeiten das erste und

oberste Ziel seiner Berechnungen und Bestrebungen war: die Wahrung und Sicherstellung der Interessen des deutschen Reiches durch Erhaltung des Friedens, die wiederum in der Erhaltung des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn und in der Verhütung einer Annäherung Rußlands an Frankreich besteht, welche letztere ihrerseits nur durch Vermittelung der Interessen unsrer Verbündeten an der Donau mit denen unsrer Freunde an der Nawa verhindert werden konnte. Ohne jemals zur Seite zu blicken und sich beirren zu lassen, sorgte er für den Weltfrieden, indem er sich zu verhüten bemühte, daß die unselige Verwicklung in Bulgarien als zersetzende Kraft auf das gute Einvernehmen der drei europäischen Kaisermächte wirkte, welches die Abmachungen des Berliner Friedens ergänzte, und welches man — nicht recht zutreffend — als Tripelallianz bezeichnet. Zu gleicher Zeit wußte er die Interessen des geeinigten Deutschlands in andern Richtungen zu sichern und zu fördern, jenes aber stand ihm stets in erster Reihe. Die vielfach mit Befremden aufgenommenen Äußerungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die bulgarische Sache können als vollkommen offener und echter Ausdruck der Meinung des Kanzlers angesehen werden, und wenn sie nicht sofort als richtige Auffassung der Lage erschienen, würde man sie als solche an dem heftigen Widerspruche erkennen, den sie vonseiten der reichsfeindlichen demokratischen und ultramontanen Presse erfuhren. Es war nicht das erstemal, daß der Kanzler hier bei seinem Spiele die Karten aufgedeckt auf den Tisch warf. Was auch in Bulgarien jetzt vorgehen möge, so lesen wir da, es kümmert Deutschland nicht. Dasselbe hat vielmehr seinen Blick fest nach Westen zu richten, von wo ihm vor allem Gefahr droht. Den Franzosen, die den Krieg mit uns vorbereiten, aber noch nicht damit fertig sind und überhaupt nicht wohl daran denken können, einen so verhängnisvollen Schritt wie den Angriff auf uns ohne Bundesgenossen zu wagen, ist damit wieder einmal deutlich gesagt worden, daß der leitende Staatsmann Deutschlands vorzüglich sie als das friedensfeindliche Element in Europa betrachtet, gegen das deshalb vor allen andern Vorsicht und Wachsamkeit geboten ist, und dem andererseits nach wie vor die Möglichkeit entzogen werden muß, sich den ersuchten und in der That zu einem Kriege mit uns unentbehrlichen Beistand von andrer Seite zu gewinnen. Dieser könnte, wie die Dinge zu liegen scheinen, nur von Rußland kommen, wo eine rührige Partei in unklarem, aber gerade deshalb nur heftigerem Haffe gegen die Deutschen sich mit der französischen Stimmung begegnet und auf ein Bündnis mit Frankreich hindrängt. Der Einfluß dieser Partei könnte einmal stärker werden, als er gegenwärtig ist, und er würde gewiß stärker werden, wenn es der Regierung erscheinen sollte, als verträte die Partei wirkliche Interessen des Reiches. Anlässe hierzu sind also nach Möglichkeit zu beseitigen, und dies ist bisher gelungen, ohne daß berechnete Ansprüche Oesterreich-Ungarns darunter zu leiden gehabt hätten, und wird, wie zu hoffen, der diplomatischen Kunst unsers Kanzlers, welcher das Vertrauen in ihre Aufrichtigkeit in den

maßgebenden Kreisen sowohl Petersburgs als Wiens zur Seite steht, auch ferner gelingen. Die Tripelallianz (*sit venia verbo*) wird forbestehen, wie viel Mühe man sich auch vonseiten eines andern Kabinetts geben möge, sie zur Auflösung zu bringen, und wie laut auch Agitatoren in Pest und Moskau direkt und indirekt gegen sie peroriren und demonstrieren. Damit ist aber jenes ominöse französisch-russische Bündnis gegen die deutsch-österreichische Allianz, die Hauptstütze des Weltfriedens, bis auf weiteres abgewehrt und vielleicht für lange Zeit zur Unmöglichkeit gemacht. Die Politik des Reichskanzlers ist also Rußland gegenüber eine vorsichtige und behutsame, darum aber nicht, wie behauptet worden ist, von Furcht beeinflusst. Wenn es sich um wirkliche deutsche Interessen oder derartige Interessen unsers Verbündeten im Donaubecken handelte, über die man sich in Petersburg nicht in Güte mit uns verständigen wollte und über die deshalb das Schwert entscheiden müßte, so würden wir, sobald sich dem durchaus nicht mehr ausweichen ließe, den Kanzler sicherlich nicht kleinmütig, vielmehr bereit sehen, zu beweisen, daß der Appell an die Furcht in Berlin auch heute keine Statt findet, und zwar umso weniger, als, wie wir neulich zeigten, ein Krieg mit Rußland, vom militärischen Standpunkte aus betrachtet, für uns nicht aussichtslos wäre. Ein solcher Bruch zwischen den beiden Nachbarn war 1879 mehr als möglich, er war bereits wahrscheinlich. Läge er jetzt nahe, träte er ein, so würden die französischen Kanonen zwar vermutlich von selbst losgehen, aber auch diese Aussicht dürfte uns nicht abschrecken, wenn es sich um ein ernstes Bedürfnis oder Recht unsers Staates und unsrer Nation handelte und dasselbe von Rußland unmittelbar oder auch nur mittelbar bedroht oder verletzt wäre. Unverständlich aber und gewissenlos, ein Frevel würde es sein, ohne einen solchen Anlaß, also ohne unbedingte sachliche Nötigung die Deutschen in einen solchen ungeheuern Krieg zu stürzen, der nur dem Revanchebedürfnisse der Franzosen zu Gute kommen oder im günstigen Falle einer andern Macht die Kastanien aus dem Feuer holen würde, die sie selbst sich nicht zu nehmen wagte. Wir haben ähnliches vor dem letzten russisch-türkischen Kriege erlebt, wo die englische Politik sich mit allen Mitteln bemühte, Deutschland zum Einspruche gegen denselben zu bewegen. Kurz, wir dienen nicht andern, sondern uns selbst und uns allein. Ein Bündnis zwischen Rußland und Frankreich besteht nicht, es ist, wie das Blatt des Kanzlers sagt, nicht wahrscheinlich und schließlich auch nicht notwendig, um Frankreich zum Wagnis eines Angriffes auf uns zu bestimmen, wenn wir einen andern, ungefähr ebenbürtigen Gegner vor uns sehen sollten. Die Balkanfragen sind in der Gestalt, die sie jetzt angenommen haben, wie oben angedeutet wurde, nebensächlicher Art, ja das genannte Organ versichert, gewiß nicht ohne gute Gründe zu haben, daß die drei Kaiserermächte in ihrer Auffassung derselben in keinem Augenblicke uneinig gewesen seien, was allerdings wohl nur von den letzten Jahren gelten dürfte.

Was man also auch von dem Standpunkte der oder jener Partei innerhalb

oder außerhalb Deutschlands über die Politik des Reichskanzlers sagen mag, sie ist, unbeeinflusst von Furcht oder andern Gefühlen, auf Erhaltung der Ruhe Europas durch Vermittlung auf Grund von Billigkeitsrückichten gerichtet gewesen und bis jetzt mit Erfolg und Aussicht auf ferneres Gelingen. Man sollte ihr dafür danken, statt sie kurzichtig und im Hinblick auf demokratische Theorien und Vorurteile zu tadeln. Man darf sich aber zugleich daran erinnern, daß sie in dem trefflichen deutschen Heere, der Schöpfung unsers Kaisers, die stets auf dem Niveau höchster Vollkommenheit erhalten wird, einen mächtigen Rückhalt und Stützpunkt hat, welcher heutzutage wohl eigentlich der eiserne Fels ist, der in dem Drang und Schwall einander bekämpfender Interessen von Nationen und Staaten, von Parteien und Faktionen die Zuversicht auf einen guten Ausgang aufrecht erhält.

Was wir hier sagten, gilt selbstverständlich nur von der Gegenwart und der nächsten Zukunft. Weiterhin sehen nur Propheten. An der langen Grenzlinie zwischen den Donaumündungen und Krafau und innerhalb dieser weitgestreckten Kurve liegen in Nebel und Dämmerung allerlei Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten, die zu Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten zwischen den beiden Nachbarstaaten werden können, sodaß es niemals an Gefahren fehlen wird. Osterreich-Ungarn ist ein Doppelstaat, und die Zwillinge können einmal in Lebensfragen verschiedner Ansicht sein und dem Folge geben. Osterreich (wir meinen die Regierung) beobachtet jetzt wie Deutschland eine gleichgiltige Haltung gegen das, was an der untern Donau vorgeht, es überläßt die Ordnung des Geschickes der dortigen Völker bis zu gewissen Schranken der slavischen Macht, die ihre Augen nach Süden richtet. In Ungarn empfinden weite Kreise Besorgnis darüber, aber wir glauben, ohne ernstern Grund für die Gegenwart und die nächsten Jahre. Niemand weiß, welche Schwierigkeiten sich in Zukunft nach den jetzt im wesentlichen beseitigten dort erheben werden, und welche Konflikte die Zukunft in ihrem Schoße bergen mag. Gewiß scheint nur, daß der deutsche Kanzler der Mann sein wird, der sich in die Mittel findet, sie zu bemeistern, und Wege zur Lösung zu entdecken wie bisher. So lange er lebt und sein Rat vertrauensvoller Beachtung begegnet, ist nichts zu befürchten. Die spätere Welt wird für sich zu denken und zu sorgen haben, und wenn ihr sein Genie fehlt, wenigstens den Bahnen desselben zu folgen, von ihm zu lernen und darnach sich einzurichten.

Die englische Politik namentlich könnte von ihm lernen, billig und folgerichtig zu verfahren. Sie hat in Bulgarien nicht glücklich gespielt, nur Unfrieden gestiftet und Unheil geerntet. Bismarck ist nicht, wie viele Engländer meinen, ein Gegner Englands, der Rußlands Interesse gegen das britische unterstützt. Wohlwollend gegen England, konnte er mit demselben nur auf dem festländischen Gebiete nicht arbeiten, einmal, weil er nie wissen konnte, welche Politik es in der nächsten Zukunft verfolgen würde, dann, weil es zwar eine

große Geld- und Seemacht ist, aber keine Armee hat, die bei kontinentalen Kriegen im Ernste mitzählen würde. Das erstere ist das wichtigere. Hätte er es nicht von Anfang an gewußt, so hätten es ihm die letzten Jahre zeigen müssen. Er unterstützte England auf dem Berliner Kongreß, wenn auch in vermittelnder Weise, mit Berücksichtigung der berechtigten Ansprüche Rußlands, immerhin aber so, daß dessen Absichten beschränkt wurden. Jene Unterstützung erfolgte, weil die englische Politik damals in den Händen eines energischen Staatsmannes lag, welcher genau wußte, was er wollte, und wie es zu erreichen war. Es wurden Linien gezogen, welche die englischen Interessen am Balkan berücksichtigten, ohne die russischen unbillig hintanzusetzen, und von welchen einige noch existiren. Infolge des parlamentarischen Systems fiel Beaconsfield, allgemeine Wahlen entfernten ihn und mit ihm seine Politik im Orient vom Ruder. Gladstone, sein Nachfolger, that in diesen wie in andern Beziehungen ungefähr das Gegenteil, theils aus Unklarheit und Ungeschick, theils auf Grund liberaler und theologischer Velleitäten. Er suchte sich Rußland zu nähern, er schwärmte für die Freiheit der Balkanvölker. Als Lord Salisbury ins Amt kam, ereignete sich die ostrumelische Revolution, und er fand es für gut, sie, die ein Bruch des Berliner Friedens war, zu billigen und deren Urheber nach Möglichkeit gegen Rußland zu unterstützen. Lord Roseberry setzte diese Politik unter den Augen Gladstones, der wieder an die Gewalt gelangt war, fort, und mit welchem Erfolge, wissen wir. Wie man auch über diesen Ausgang denken möge, die Thatsache liegt auf der Hand, daß die auswärtige Politik Englands von dem Belieben der Parteien, von den wechselnden und nie vorher zu berechnenden Mehrheiten der Wähler abhängt, die nur zum kleinsten Teile von ihr etwas verstehen, daß man sich also niemals auf sie verlassen kann. Mit vollem Rechte darf der deutsche Kanzler sagen: Ich kann immer mit ziemlicher Bestimmtheit Rußland und Oesterreich in meine Berechnungen einstellen, weil ich weiß, was ihre auswärtige Politik ist und in der Zukunft — ganz außerordentliche Fälle abgerechnet, die sich menschlichem Ermessen entziehen — sein wird. Mit England ist mir dies nicht möglich, weil hier die Parteien regieren, die heute obenauf und morgen unten sind. Wir wissen selbst jetzt nicht mit Sicherheit, ob nicht irgendwelcher Gedanke, der nichts mit den wirklichen Interessen Englands zu schaffen hat, die Mehrheit der Wähler für oder gegen die Politiker um sich vereinigen wird, die mit uns zu gehen geneigt sind. Wenn die Staatsmänner Großbritanniens von anderm Schlage wären, als sie jetzt sind, wenn das englische Volk den Blick fest auf seine auswärtigen Interessen gerichtet hielte, wenn es dabei einen streng nationalen Standpunkt einnähme, wenn Leute wie Gladstone, der als Leiter der auswärtigen Politik halb demokratischer Schnelldenker, halb bornirter Missionär war, dort unmöglich wären, ließe sich ein Zusammengehen mit den Herren überm Kanal wenigstens überlegen.